

Schmidt, Klaus-Dieter

Working Paper — Digitized Version

Zum Problem der Lehrerarbeitslosigkeit

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 87

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Schmidt, Klaus-Dieter (1982) : Zum Problem der Lehrerarbeitslosigkeit, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 87, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48033>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zum Problem der Lehrerarbeitslosigkeit

von Klaus-Dieter Schmidt

A U S D E M I N H A L T

- Arbeitslosigkeit bei Lehrern wird in den achtziger Jahren zu einem nahezu unlösbaren Problem. Dafür gibt es drei Gründe:
 - Die Anzahl der Schüler wird weiter zurückgehen,
 - die Anzahl der Lehrer, die aus dem aktiven Dienst ausscheiden, wird gleichbleibend gering sein,
 - die Anzahl der Lehramtsbewerber wird zunehmen.Man muß damit rechnen, daß selbst bei optimistischen Annahmen bis 1990: 150 000 ausgebildete Lehrer keine Beschäftigung im Schuldienst finden werden. Das Reformziel, eine deutliche Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation, wird auch bei einer zurückhaltenden Einstellungspolitik erreicht.
- Fast alle Vorschläge, die sich mit dem Problem beschäftigen, haben zum Ziel, vielen Lehramtsbewerbern zu einer Anstellung zu verhelfen. Dies soll dadurch möglich werden, daß für alle Lehrer die Pflichtstundenzahl verringert, die Lebensarbeitszeit verkürzt und die Vergütungen herabgesetzt werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umverteilung der Arbeit erscheint einmal mehr als Patentrezept.
- Die Ausweitung der Stellen im öffentlichen Dienst ist jedoch kein erfolgversprechender Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich auch kaum so viele Arbeitsplätze schaffen, um den Arbeitsmarkt für Lehrer entscheidend zu entlasten. Ein großer Teil der Lehramtsstudenten wird sich daher im Anschluß an seine Ausbildung nach Beschäftigungsmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft umsehen müssen.
- Freilich haben arbeitslose Lehrer beträchtliche Schwierigkeiten, im außerschulischen Bereich Fuß zu fassen. Die meisten von ihnen sind weder von ihrem Rollenverständnis noch von ihrer Ausbildung her auf eine solche Tätigkeit vorbereitet. Angehenden Lehrern sollte daher durch ein Zusatzstudium oder durch andere berufsqualifizierende Maßnahmen der Zugang zu einem anderen Beruf erleichtert werden. Längerfristig ist darüber hinaus eine Reform des Lehrerstudiums erforderlich, mit dem Ziel, Lehramtsstudenten ein breiteres Betätigungsfeld in alternativen Berufen zu eröffnen.

Zum Problem der Lehrerarbeitslosigkeit *

1. Der Mangel an Arbeitsplätzen ist eines der großen Probleme, mit denen die Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren fertig werden muß. Zu den Berufsgruppen, deren Beschäftigungschancen als besonders schlecht eingeschätzt werden müssen, gehören die Lehrer. Zwar hat es den Anschein, als habe die Arbeitslosigkeit unter Lehrern derzeit noch nicht das Ausmaß erreicht, wie es von den einschlägigen Berufsorganisationen häufig hingestellt wird¹ - einem Überangebot an Lehrern in den Ballungsgebieten steht offenbar nach wie vor ein Mangel an geeigneten Bewerberinnen etwa auf dem flachen Lande oder in bestimmten Fächerkombinationen gegenüber -, doch gibt es keinen Zweifel, daß sich das Problem in den kommenden Jahren dramatisch verschärfen wird. Dreierlei kommt zusammen:

- Aufgrund der niedrigeren Geburtenraten geht die Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter seit Mitte der siebziger Jahre kräftig zurück; inzwischen zeigt sich der Rückgang auch bei den Jugendlichen, die weiterführende Schulen besuchen. Überschlägig geschätzt werden zu Beginn der neunziger Jahre reichlich ein Drittel weniger Kinder zu unterrichten sein, als es zu Beginn der achtziger Jahre der Fall war (Ziff. 4 ff.).
- Die Anzahl der Lehrer, die in den achtziger Jahren altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden werden, ist vergleichsweise gering: Rund drei Viertel aller aktiven Lehrer sind derzeit noch keine 45 Jahre alt, knapp die Hälfte ist sogar jünger als 35 Jahre. Selbst wenn man alle zur Pensionierung anstehenden Lehrkräfte ersetzen würde - hierfür sprächen vor allem die noch immer recht hohen Klassenstärken -, hätten bei weitem nicht alle Lehramtsbewerber eine Einstellungschance (Ziff. 6 f.).
- Gegenwärtig studieren an den Hochschulen in der Bundesrepublik mehr als 200 000 junge Menschen mit dem erklärten Ziel, den Lehrerberuf zu ergreifen. Zudem wird es trotz der schlechten Berufsaussichten auch in Zukunft jährlich mindestens 15 000 Studienanfänger geben. Insgesamt werden es in den achtziger Jahren etwa 250 000 Personen sein, die ein Lehrerstudium beenden werden, von denen vermutlich nicht einmal jeder vierte auf eine freie Stelle hoffen kann (Ziff. 8 ff.).

* Der Verfasser dankt seinen Kollegen Dr. Hubertus Müller-Groeling, Dr. Klaus-Werner Schatz und Rüdiger Soltwedel sowie Prof. Dr. jur. Helmar Bley (Universität Bamberg) für kritische Hinweise und Verbesserungsvorschläge.

¹ Im September 1980 waren bei den Arbeitsämtern in der Bundesrepublik 9 200 arbeitslose Lehrer registriert, davon reichlich zwei Drittel Frauen. Die Zahl stieg bis Ende September 1981 auf 13 500, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 2 vH.

2. Daß Arbeitslosigkeit unter Lehrern in den achtziger Jahren ein großes Problem werden würde, ist seit längerem bekannt. Zahlreiche Gremien haben sich inzwischen mit dem Thema beschäftigt. Hingewiesen sei hier nur auf die Arbeiten der Kommission "Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer" der Ständigen Konferenz der Kultusminister oder der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Möglichkeiten einer kostenneutralen Ausweitung des öffentlichen Dienstes". Die meisten der Vorschläge konzentrieren sich aber darauf, für angehende Junglehrer einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz, und das heißt zusätzliche Lehrerstellen, zu schaffen. In Anbetracht der Größenordnung, um die es hier geht, ist dies weder eine sinnvolle noch eine erfolgversprechende Strategie. Es muß vielmehr darüber nachgedacht werden, wie Lehramtsbewerber in anderen Berufen untergebracht werden können, auch wenn sie dafür weder vom Niveau noch vom Inhalt ihrer Ausbildung her vorbereitet sind.

An sich ist es nicht ungewöhnlich, daß sich die Einstellungschancen für einzelne Berufsgruppen verschlechtern. Im Gefolge des wachstumsbedingten Strukturwandels wechseln jedes Jahr Millionen Menschen den Arbeitsplatz und viele hunderttausend Menschen den Beruf. Zu den Berufsgruppen, die in den letzten 25 Jahren überdurchschnittlich geschrumpft sind, gehörten die meisten Berufe im Bereich der Urproduktion, wie Landwirte und ihre mithelfenden Familienangehörigen oder Bergleute, zahlreiche industrielle und handwerkliche Fertigungsberufe, wie Schmiede, Textilwerker oder Bäcker, sowie viele traditionelle Dienstleistungsberufe, wie Hausgehilfinnen oder Dienstboten. Der Berufswechsel war für diese Personengruppen meistens mit keinen größeren Schwierigkeiten verbunden, weil es von der beruflichen Ausbildung her kaum Mobilitätsbarrieren gab. Angehende Lehrer sind hingegen mit wenigen Ausnahmen durch die Art der Ausbildung einseitig auf den Lehrerberuf fixiert. Nach den vorliegenden Untersuchungen gibt es bislang nur wenige ausgebildete Lehrer, die in anderen Berufen tätig sind (Ziff. 12 ff.).

Lehrer sind aber offensichtlich auch schwer für alternative Tätigkeiten zu gewinnen. Der Absprung in die private Wirtschaft fällt ihnen schwer, weil sie dort meistens relativ weit unten anfangen müssen. Mehr als andere soziale Gruppen, die ihren Status bedroht sehen, klammern sie sich zu lange an das traditionelle Rollenverständnis, und das heißt an die akademische Ausbildung und die soziale Absicherung (Ziff. 13 ff.).

3. Der folgende Beitrag setzt sich das Ziel, alternative Strategien zur Lösung des Problems der Lehrerarbeitslosigkeit zu diskutieren. Dabei werden vor allem zwei Varianten behandelt.

- Strategien, die darauf hinzielen, mehr Lehrer im Schuldienst unterzubringen (Ziff. 23 ff.), und
- Strategien, bei denen versucht wird, Lehrer auch für andere Tätigkeitsbereiche vorzubereiten (Ziff. 42 ff.).

Angebot und Nachfrage nach Lehrern in den achtziger Jahren – Versuch einer Vorausschätzung

Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen bis 1990

4. Nach den Ergebnissen der dritten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung zeichnet sich für die achtziger Jahre und danach ein anhaltender Rückgang bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, also bei den Schülern von allgemeinbildenden und weiterbildenden Schulen, ab. Das voraussichtliche Ausmaß des Rückgangs läßt sich allerdings nur mit einer gewissen Bandbreite angeben, und zwar vornehmlich aus zwei Gründen:

- Zum einen ist die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit selbst auf kurze Sicht ungewiß. Zwar erscheint eine Rückkehr zu den hohen Geburtenraten der fünfziger und sechziger Jahre fürs erste wenig wahrscheinlich, es ist aber denkbar, daß

Tabelle 1 - Kinder und Jugendliche der deutschen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 6 und 18 Jahren in den Jahren 1980, 1990 und 2000

Jahr	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis ... Jahren					
			6-9		10-15		16-18	
	in 1000	1980=100	in 1000	1980=100	in 1000	1980=100	in 1000	1980=100
1980	11 079	100	2 536	100	5 630	100	2 913	100
	Variante I ^a							
1990	6 877	62,0	2 082	82,0	2 993	53,1	1 802	61,8
2000	7 163	64,7	2 219	87,5	3 375	59,9	1 569	53,8
	Variante II ^b							
1990	6 722	60,6	1 937	73,3	2 984	53,0	1 801	61,8
2000	6 031	54,4	1 775	69,9	2 812	49,9	1 444	49,5
	Variante III ^c							
1990	7 032	63,4	2 227	87,8	3 003	53,3	1 802	61,8
2000	8 295	74,8	2 663	89,9	3 938	69,9	1 694	58,1

^aStatus-quo-Variante auf der Basis der Fruchtbarkeitsziffern von 1978 (Nettoreproduktionsrate 0,627) und der Sterbeziffern von 1976/78. - ^bFruchtbarkeitsziffern von 1978 in Großstädten (Reproduktionsrate 0,5). - ^cFruchtbarkeitsziffern von 1978 in den Landkreisen (Reproduktionsrate 0,8).

Quelle: Bundestagsdrucksache [8/4437, 1980, S. 45].

sich bei den jetzt ins heiratsfähige Alter kommenden jungen Menschen wieder andere Vorstellungen über die erwünschte Kinderzahl herausbilden, als es bei den jungen Leuten der Fall war, die in den späten sechziger und in den siebziger Jahren die Ehe geschlossen hatten. Dieser Unsicherheit läßt sich durch alternative Annahmen über die Geburtenhäufigkeit Rechnung tragen. Das Statistische Bundesamt hat daher zwei Varianten zur Status-quo-Variante durchgerechnet; sie geben die Unter- und die Obergrenze der für wahrscheinlich zu haltenden Entwicklung an.

- Zum anderen spielen für die Entwicklung der Schülerzahlen auch grenzüberschreitende Wanderungen eine Rolle, vor allem bei der ausländischen Wohnbevölkerung. Wanderungen, die teils von wirtschaftlichen, teils von politischen Faktoren abhängen, sind schwer vorzuschätzen. Um das Schätzrisiko einzugrenzen, empfiehlt es sich, für die ausländische Wohnbevölkerung ebenfalls mit mehreren Modellvarianten zu arbeiten, die von einer ausgeglichenen, einer positiven und einer negativen Wanderungsbilanz ausgehen.

5. Die Ergebnisse der verschiedenen Modellrechnungen sind in den Tabellen 1 und 2 dargestellt. Sie zeigen folgendes:

- Die Anzahl der deutschen Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren wird von 1980 bis 1990 um etwa ein Drittel zurückgehen¹. Überträgt man diese Entwicklung auf die Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen, dann werden 1990 nur noch etwa 7 Mill. Kinder und Jugendliche zu unterrichten sein, verglichen mit rund 11 Millionen im Jahre 1980². Bemerkenswert ist dabei zweierlei:

(1) Der Rückgang wird im Primarbereich vergleichsweise gering (20 vH), im Sekundarbereich I und II aber überaus kräftig ausfallen (40 vH). Das hängt damit zusammen, daß die Abnahme der Schülerzahlen im Primarbereich schon ab Mitte der siebziger Jahre eingesetzt hat und sich künftig im Sekundarbereich fortpflanzen wird. Anders gewendet: Bei Annahme unveränderter Reproduktionsraten stabilisiert sich die Schülerzahl in den nächsten Jahren im Primarbereich auf niedrigerem Niveau, während sie im Sekundarbereich kräftig sinkt.

(2) Für die Zeit nach 1990 ergibt sich - vornehmlich in den Altersgruppen bis 15 Jahre - wieder ein leichter Anstieg der Schülerzahlen. Das erklärt sich daraus, daß in den achtziger Jahren die Frauen aus den geburtenstarken Jahrgängen der fünfziger und sechziger Jahre ein gebärfähiges Alter erreichen werden. Es bedeutet jedoch keine Veränderung in der Geburtenhäufigkeit.

- Die Anzahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen - hier liegen nur Modellrechnungen für die unter 20jährigen vor - wird sich bis 1990 voraussichtlich wenig verändern, danach aber ebenfalls zurückgehen. Das Geburtenverhalten der ausländischen Wohnbevölkerung gleicht sich, soviel läßt sich bereits erkennen, mehr und mehr dem der deutschen Wohnbevölkerung an. In den achtziger

¹ Anzumerken ist, daß von 1970 bis 1980 bereits ein Rückgang um rund 20 vH stattgefunden hat.

² Ergebnisse der Bildungsstatistik vgl. Statistisches Bundesamt [Fachserie 11, R. 1, 1979; R. 2, 1979].

Tabelle 2 - Kinder und Jugendliche der ausländischen Wohnbevölkerung im Alter unter 20 Jahren in den Jahren 1980, 1990 und 2000

Jahr	Modell A ^a		Modell B ^b		Modell C ^c	
	in 1000	1980=100	in 1000	1980=100	in 1000	1980=100
1980	1 392	100	1 392	100	1 392	100
1990	1 442	103,5	1 570	112,7	1 438	103,3
2000	1 242	89,5	1 515	108,8	1 334	95,8

^aOhne Wanderungen. - ^bJährlicher Zuwanderungsüberschuß 20 000. - ^cJährlicher Abwanderungsüberschuß 20 000.

Quelle: Bundestagsdrucksache [8/4437, 1980, S. 51].

Jahren wird somit der Rückgang der deutschen Schüler durch eine gleichbleibende Anzahl ausländischer Schüler etwas gebremst, in den neunziger Jahren kompensieren sich beide Entwicklungstrends.

6. Bei den Alternativvarianten ist für die deutschen Schüler im Vergleich zur Status-quo-Variante bis 1990 mit einer um jeweils 150 000 geringeren oder höheren Schülerzahl zu rechnen. Insoweit unterscheiden sich beide Varianten nicht so stark von der Status-quo-Prognose, wie man das zunächst vermuten könnte. In den Jahren danach öffnet sich die Schere aber rasch: Bis zum Jahre 2000 vergrößert sich die Differenz auf über 1,1 Millionen. Wohlgederkt, es handelt sich bei den Varianten 2 und 3 um Entwicklungen, die nur bei sehr extremen Annahmen eintreten werden.

Lehrer und Lehramtsabsolventen an allgemein- und berufsbildenden Schulen bis 1990

7. Über die Anzahl der Lehrer an allgemein- und berufsbildenden staatlichen Schulen liefert die Bildungsstatistik aktuelle und gut gegliederte Daten. Im Herbst 1980 gab es 573 000 hauptberuflich tätige Lehrer, davon waren 274 000 Männer und 299 000 Frauen¹. Unter der Annahme eines normalen Altersaufbaus wäre zu er-

¹ Darunter waren etwa 25 000 Lehrkräfte außerhalb des staatlichen Schuldienstes, vor allem als Lehrer von Privatschulen oder von Unterrichtseinrichtungen der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Außerdem gab es 148 000 nebenberufliche Lehrer, darunter 76 000 Lehrer an beruflichen Schulen. Die Gesamtzahl der haupt- und nebenberuflichen Lehrer an staatlichen und privaten allgemein- und berufsbildenden Schulen läßt sich also mit rund 700 000 Personen angeben. Im

Tabelle 3 - Hauptberufliche Lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen nach Geschlecht, Alter und Schulart im Jahre 1980^a

	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	in 1000	in vH	in 1000	in vH	in 1000	in vH
Lehrer insgesamt	573	100	274	100	299	100
davon						
vollzeitbeschäftigt	481	83,9	264	96,4	217	72,6
teilzeitbeschäftigt	92	16,1	10	3,6	82	27,4
unter 30 Jahre	120	20,9	34	12,4	86	28,8
30 bis unter 40 Jahre	245	42,8	125	45,6	120	40,1
40 bis unter 50 Jahre	117	20,4	66	24,1	51	17,1
50 bis unter 55 Jahre	47	8,2	25	9,1	22	7,4
55 bis unter 60 Jahre	34	5,9	18	6,6	16	5,4
über 60 Jahre	10	1,7	6	2,2	4	1,3
an Schulen der allgemeinen Ausbildung und Fortbildung insgesamt	495	86,3	222	81,0	273	91,3
davon an						
Grund- und Hauptschulen	253	51,1	91	33,2	162	54,2
Schulen für Behinderte	41	8,2	15	5,5	26	8,7
Realschulen	63	12,7	30	10,9	33	11,0
Gymnasien	112	22,7	72	26,3	40	13,4
Sonstige	26	5,2	14	5,1	12	4,0
an Schulen der beruflichen Ausbildung insgesamt	78	13,7	52	19,0	26	8,7

^aVorläufig; Strukturdaten für 1980 teilweise mit Hilfe der Ergebnisse für 1979 geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt [Fachserie 11, R. 1, 1979; R. 2, 1979].

warten, daß bis 1990 reichlich ein Viertel von ihnen, also etwa 150 000, in den Ruhestand treten würden¹.

Mikrozensus vom Mai 1980 wurden 721 000 Personen ermittelt, die den Lehrerberuf ausübten. Darin enthalten sind teilweise diejenigen Lehrer, die außerhalb des Schuldienstes tätig sind, z. B. in der Schulverwaltung, in der Forschung oder bei der Betreuung von Anstaltsinsassen (Ziff. 12 ff.).

¹ Nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen werden beamtete Lehrer bei Erreichen der allgemeinen Altersgrenze (mit dem vollendeten 65. Lebensjahr) pensioniert, und zwar sowohl Männer als auch Frauen. Auf Antrag kann die allgemeine Altersgrenze auf das vollendete 63. Lebensjahr vorgezogen werden. Alters-

Die Alterspyramide der Lehrer ist jedoch extrem fußlastig. Dies hat vor allem zwei Ursachen:

- Wie bei allen anderen Berufsgruppen sind auch hier die Lehrer und der Lehrernachwuchs durch die Kriegsverluste des Zweiten Weltkriegs stark dezimiert worden.
- Durch die kräftige Vermehrung der Planstellen sind in den siebziger Jahren außerdem viele junge Lehrer in den Schuldienst gelangt.

Modellrechnungen, die den Ersatzbedarf für die achtziger Jahre abzuschätzen versuchen, sind mit Unsicherheiten behaftet. Unter Zugrundelegung verschiedener Statistiken, insbesondere der Statistiken über das allgemeine und berufliche Schulwesen, läßt sich aber folgendes ableiten:

- Die Anzahl der Lehrer, die wegen Erreichens der allgemeinen Altersgrenze in den Ruhestand treten wird, kann man auf rund 70 000 veranschlagen; sie ist damit nur etwa halb so groß, wie es bei einem normalen Altersaufbau zu erwarten gewesen wäre.
- Ein Teil der Lehrer scheidet jedoch wegen Todes oder Dienstunfähigkeit vor Erreichen der allgemeinen Altersgrenze aus; überschlägig geschätzt werden das in den achtziger Jahren etwa 30 000 Personen sein¹.
- Schließlich beendet ein Teil der Lehrer sein Dienstverhältnis zum Dienstherrn aus persönlichen Gründen vorzeitig. Überwiegend handelt es sich hier um verheiratete Lehrerinnen, die ihre Berufstätigkeit entweder ganz aufgeben oder aber sie für einige Jahre unterbrechen. Wie viele Stellen dadurch dauerhaft freiwerden, ist schwer abzuschätzen. In die Rechnung wurde eine Zahl von 20 000 Personen eingesetzt².

Die drei Komponenten des Personalabgangs dürfen nicht einfach addiert werden. Denn sie enthalten teilweise Mehrfachzählungen. Man hat folglich davon auszugehen, daß ein Ersatzbedarf von 100 000 Lehrern für die Jahre bis 1990 die Obergrenze darstellt.

halber in den Ruhestand treten in den achtziger Jahren die Geburtsjahrgänge 1915-1928, also alle Personen, die derzeit zwischen Anfang fünfzig und Anfang sechzig sind. Ihre Zahl läßt sich, nicht zuletzt wegen der variablen Pensionierungsgrenze, nur mit einer relativ breiten Unsicherheitsmarge angeben. In der Zeit vom 1. 7. 1978 bis 30. 6. 1979 sind von den Beamten des höheren und gehobenen Dienstes bei den Ländern, die aus Altersgründen ausgeschieden sind, zwei Drittel auf Antrag schon mit 63 Jahren pensioniert worden (vgl. Statistisches Bundesamt [Fachserie 14, R. 6, 1979, S. 92]).

¹ Im Zeitraum vom 1. 7. 1978 bis 30. 9. 1979 betrug der Personalabgang bei den vollbeschäftigten Beamten und Richtern der Länder wegen Todes oder vorzeitiger Dienstunfähigkeit knapp 6000 Personen, das waren 0,6 vH aller aktiven vollbeschäftigten Beamten und Richter (vgl. Statistisches Bundesamt [Fachserie 14, R. 6, S. 90 ff.]).

² Es wurde hier nur der Nettoabgang berücksichtigt, nicht jedoch das vorübergehende Ausscheiden von Dienstkräften.

8. Im Sommersemester 1981 gab es aber an den Hochschulen in der Bundesrepublik rund 200 000 Lehramtsstudenten. Außerdem hatten knapp 20 000 der 115 000 Abiturienten die Absicht, ein Lehrerstudium zu beginnen (Tabelle 4). Im Vergleich zu den Jahren davor ist damit sowohl die Anzahl der Studenten als auch die der Studienanfänger bereits deutlich zurückgegangen¹; sie ist aber, hält man sich die schlechten Einstellungschancen vor Augen, immer noch bei weitem zu groß.

Tabelle 4 - Studenten und Studierwillige mit dem Studienziel Lehrer in den Jahren 1976, 1980 und 1981

	1976		1980		1981	
	in 1000	1976=100	in 1000	1976=100	in 1000	1976=100
Studenten an deutschen Hochschulen^a						
insgesamt	795	100	935	127,2	1008	126,7
Lehramtsstudenten	235	100	205	87,2	204	86,8
davon						
männlich	110	100	91	82,7	89	80,9
weiblich	125	100	114	91,2	115	92,0
Studierwillige Abiturienten						
insgesamt	138	100	137	99,2	160	115,9
mit Studienziel Lehrer	22	100	18	81,8	19	86,3
davon für Lehramt an						
Grund-, Haupt-, Sonder-	5	100	5	93,0	5	100,9
schulen						
Gymnasien und Real-	15	100	12	77,9	12	79,6
schulen						
Beruflichen Schulen	2	100	1	59,1	1	63,4

^a Jeweils Sommersemester.

Quellen: Wirtschaft und Statistik [1980, S. 719; 1981, S. 726 ff.].

Folgende Überschlagsrechnung soll das Problem verdeutlichen:

- Von den rund 200 000 Studenten, die derzeit mit dem Berufsziel Lehrer studieren, dürften nach den bisherigen Erfahrungen schätzungsweise drei Viertel, also 150 000, das Studium mit der Ersten Staatsprüfung beschließen und anschließend eine Lehrerstelle suchen².

¹ 1975 waren es noch 35 000 Studienanfänger, die das Lehrerstudium aufnahmen.

² Man mag diese Zahl für zu hoch halten, weil möglicherweise viele Studenten angesichts der schlechten Einstellungschancen die Fachrichtung wechseln oder, vor allem solche mit Doppelqualifikation, in andere Berufe gehen. Dem muß man jedoch entgegenhalten, daß sich erfahrungsgemäß auch viele Studenten, die zunächst keine Lehrerlaufbahn anstreben (und die daher in der Zahl von 200 000 Lehramtsstudenten nicht enthalten sind), später um ein Lehramt bewerben.

- Zu ihnen kommen diejenigen Studenten, die in den nächsten Jahren ihre Ausbildung beginnen werden; es wird angenommen, daß dies in den Jahren 1982-1986 schätzungsweise 80 000 Personen sein werden¹.
- Alles in allem wird es nach dieser Rechnung bis Ende der achtziger Jahre rund 230 000 Personen zusätzlich geben, die ein Lehrerstudium abgeschlossen haben, von denen vermutlich der größte Teil - schätzungsweise 200 000 - zunächst einmal ein Lehramt anstreben wird. Das aber heißt: Es wird etwa doppelt so viele Bewerber geben, wie bestenfalls Lehrer aus dem aktiven Dienst ausscheiden werden.

9. Die Beschäftigungsaussichten für angehende Lehrer müssen freilich vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen gesehen werden; sie sind dann noch weit- aus ungünstiger. In Anbetracht der leeren öffentlichen Kassen ist nicht zu erwarten, daß alle vorhandenen Planstellen für Lehrer wieder besetzt werden. Dies scheint auch nicht sinnvoll zu sein. Denn bei rückläufigen Schülerzahlen stellt sich die angestrebte Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation mit der Zeit von selbst ein. Es kann allenfalls darum gehen, den Kapazitätsabbau zu bremsen, nicht aber darum, ihn aufzuhalten.

Aus den vorliegenden statistischen Daten ergibt sich, daß die Bildungspolitik dem Ziel, die Klassenstärken zu verkleinern, bereits jetzt ein großes Stück nähergekommen ist. 1979 kamen im Durchschnitt auf jeden Lehrer

- an Grund- und Hauptschulen sowie an Realschulen 22 Schüler,
- an Gymnasien 19 Schüler sowie
- an Gesamtschulen und an Schulen für Behinderte 9 Schüler (Tabelle 5).

Einzuräumen ist, daß solche Durchschnitte nicht repräsentativ sind für alle Schulen in allen Orten. Sie verdecken erhebliche Unterschiede in der schulischen Versorgung, wie sie derzeit noch bestehen. Zudem handelt es sich bei einem Teil der Lehrer um Teilzeitkräfte mit halber Stundenzahl. Schließlich müssen auch die beträchtlichen Ausfallzeiten ins Bild genommen werden, etwa infolge von Krankheit, Mutterschaft oder Beurlaubung, die einen geregelten Unterrichtsbetrieb vielfach erschweren. Es spricht also sicher vieles dafür, die derzeitige Lehrer-Schüler-Relation nach wie vor als verbesserungswürdig anzusehen, vor allem bei den weiterführenden Schulen². Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß davon realistischerweise keine durchgreifende Lösung des Problems der Lehrerarbeitslosigkeit erwartet werden kann. Denn selbst wenn nur jede zweite freiwerdende Planstelle ersetzt würde, man also nur mit einem Nettoabgang von 50 000 Lehrern zu rechnen hätte,

¹ Da bis Ende der achtziger Jahre weiterhin starke Jahrgänge zu den Universitäten drängen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Anzahl der Studienanfänger unter 15 000 pro Jahr sinkt - trotz der schlechten Einstellungschancen.

² Richtig ist auch der Hinweis von seiten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf kleinere Regelklassen für Schüler mit hohem Ausländeranteil. Weit überzogen erscheint aber die Forderung nach der Einstellung von 50 000 zusätzlichen Lehrern (vgl. Die Welt vom 23. Dezember 1981).

Tabelle 5 - Durchschnittliche Schülerzahl an Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung 1979

	Schüler	Lehrer ^a	Klassen	Schüler	
				je Lehrer ^a	je Klasse
in 1000					
Grund- und Hauptschulen	5 354	247	204	21,7	26,2
Schulen für Behinderte	371	40	30	9,3	12,3
Realschulen	1 365	62	45	22,0	30,3
Gymnasien	2 089	110	53	19,1	.
Gesamtschulen	214	23	7	9,1	.
Schulen der allgemeinen Fortbildung	37	2	2	19,5	23,4

^a Hauptberufliche Lehrer.

Quelle: Statistisches Bundesamt [Fachserie 11, R. 1, 1979, S. 15].

würde die durchschnittliche Schülerzahl bei den Schulen der allgemeinen Ausbildung und Fortbildung von derzeit knapp 20 Schülern auf etwa 13 Schüler sinken¹.

10. Als Ergebnis der bisherigen Überlegungen bleibt festzuhalten, daß es bis 1990 auch bei optimistischen Annahmen über die Entwicklung der Lehrer-Schüler-Relation rechnerisch rund 150 000 Lehramtsbewerber geben wird, die im Schuldienst keine Anstellung finden werden. Sie werden sich daher nach anderweitigen Beschäftigungsmöglichkeiten umsehen müssen, ohne dafür freilich hinreichend vorbereitet zu sein.

Exkurs: Zur beruflichen Mobilität bei Lehrern

11. Die Möglichkeiten, ausgebildete Lehrer außerhalb ihres eigentlichen Berufsfeldes unterzubringen, sind vor allem durch folgende Tatbestände begrenzt:

¹ Ähnliche Größenordnungen hatten auch die Finanzminister der Länder vor Augen, die bei ihren letzten Beratungen über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes in der mittleren Variante von mehreren Modellrechnungen einen Abbau von 40 000 bis 50 000 Lehrerstellen angenommen haben (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 1981).

- Angehende Lehrer verstehen ihr Studium (und müssen es wohl auch so verstehen, wenn man vom bisherigen Zuschnitt der Lehrerausbildung ausgeht) nicht, wie das bei vielen anderen Studiengängen der Fall ist, als Vorbereitung auf ein mehr oder weniger breites Berufsfeld, sondern als Ausbildung für einen ganz bestimmten Beruf. Das heißt, ihr Berufsbild ist extrem einseitig auf eine spätere Unterrichtstätigkeit im schulischen Ausbildungssystem fixiert. Eine solche Art von Rollenerwartung engt ihre spätere Beweglichkeit von vornherein stark ein.
- Angehende Lehrer haben innerhalb ihres engeren Berufsfeldes fast nur einen potentiellen Arbeitgeber, nämlich den Staat. Allerdings wird vielfach die Möglichkeit, einen anderen Arbeitgeber zu finden, nicht in Betracht gezogen. Dies hat zur Konsequenz, daß Lehrer meistens keine hinreichende Transparenz über ihre Marktchancen in der privaten Wirtschaft besitzen. Freilich haben auch die Unternehmen häufig keine genauen oder mitunter falsche Vorstellungen über die Verwendungsmöglichkeiten von Lehrern, die sie allzu oft geringschätzig als "Schulmeister" abqualifizieren. Dies führt dazu, daß selbst bei Tätigkeiten, die ein hohes Maß an pädagogischem Geschick erfordern, wie zum Beispiel im Bereich des innerbetrieblichen Ausbildungswesens, Lehrer nur in seltenen Fällen zum Zuge kommen.
- Angehende Lehrer haben offenbar auch zu hohe Einkommenserwartungen, die sich an den vom Staat gezahlten Anfangsgehältern orientieren und die über den Gehältern liegen, die in der freien Wirtschaft für gleichwertige Tätigkeiten gezahlt werden. So verzichten mitunter verheiratete Lehrerinnen ganz auf die Ausübung eines Berufs, wenn sie keine geeignete Lehrerstelle finden; nur selten nehmen sie eine schlechter bezahlte Stelle an, die unter dem formalen Niveau ihrer Ausbildung liegt.

Lehrer außerhalb des Lehrberufs

12. Wieviel Lehrer in anderen Berufen tätig sind, läßt sich nicht eindeutig feststellen. Nach einer im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführten Analyse der Volks- und Berufszählung von 1970 gingen damals rund 11 vH aller Personen, die ein Lehrerstudium mit Erfolg absolviert hatten, einer Tätigkeit in Berufen außerhalb des Schuldienstes nach¹. Bemerkenswert ist, daß dieser Anteil nach Prüfungsjahrgängen schwankt; er betrug (im ungewogenen Durchschnitt) bei den Prüfungsjahrgängen:

1930-1939	15,4 vH	1950-1959	10,8 vH
1940-1949	17,8 vH	1960-1969	7,5 vH

Er ist also überdurchschnittlich hoch bei denjenigen Lehrern, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ihr Examen ablegten, von denen viele zunächst keine Anstellung im Schuldienst finden konnten und nach anderen Erwerbsmöglichkeiten Aus-

¹ Dabei sind allerdings die Gymnasiallehrer nur teilweise erfaßt. Näheres bei Parmentier [1978].

schau halten mußten¹. Und er ist überdurchschnittlich gering bei den Prüfungsjahrgängen der sechziger Jahre, nicht zuletzt weil die Einstellungschancen deutlich besser und die Bezahlung attraktiver geworden waren. Es sei daran erinnert, daß in den sechziger Jahren teilweise sogar Kräfte angeworben wurden, die kein Lehrerstudium absolviert hatten (sogenannte Hausfrauenlehrer).

Es läßt sich schwer sagen, inwieweit die Ergebnisse von 1970 auf die Gegenwart übertragen werden können. Bei den günstigen Einstellungschancen, wie sie bis weit in die siebziger Jahre bestanden haben, dürfte der Anteil der anderweitig beschäftigten Lehrer derzeit eher geringer sein, als er es damals war.

Tabelle 6 - Lehrer nach der Art der ausgeübten Tätigkeit, Mai 1980^a

	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	in 1000	in vH	in 1000	in vH	in 1000	in vH
Lehrer insgesamt	721	100	369	100	352	100
davon mit folgenden Schwerpunkten:						
Lehren, Forschen, Ausbilden, Erziehen, Betreuen	655	90,8	335	90,7	320	90,9
Untersuchen, Gesetze, anwenden, Beraten, Publizieren, künstlerisch tätig sein	32	4,4	14	3,7	18	5,1
Projektieren, Konstruieren, Entwickeln, Programmieren, Pläne erstellen, Zeichnen	3	0,4	2	0,6	1	0,3
Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen, Verhandeln	11	1,5	8	2,2	3	0,8
Sonstige Tätigkeiten	20	2,8	10	2,7	10	2,8

^a Hochgerechnete Ergebnisse des Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt, teilweise unveröffentlichtes Material.

¹ Überdies sind die Zahlen für die Prüfungsjahrgänge vor 1945 vermutlich auch dadurch beeinflusst, daß eine Reihe von Lehrern aus politischen Gründen den Schuldienst verlassen mußte.

13. Der Mikrozensus, bei dem neben dem ausgeübten Beruf auch die Tätigkeitschwerpunkte erfaßt werden, liefert ebenfalls nur wenige Hinweise auf alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer. Danach gab es im Mai 1980: 721 000 Personen, die angaben, als Lehrer tätig zu sein; davon hatten 655 000 (91 vH) ihren Tätigkeitsschwerpunkt in den Bereichen "Lehren, Forschen, Ausbilden, Erziehen, Betreuen". Die restlichen 66 000 Personen hatten andere Tätigkeitsbereiche, wie "Beraten, Publizieren, künstlerisch tätig sein, Projektieren, Konstruieren oder Organisieren". Es zeigt sich somit ein ähnliches Bild wie bei der Volks- und Berufszählung 1970, nämlich eine nur verhältnismäßig geringe Streuung der Tätigkeitsmerkmale (Tabelle 6). Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß beide Erhebungen nicht voll vergleichbar sind, weil anders als bei der Volks- und Berufszählung im Mikrozensus diejenigen Personen häufig nicht als Lehrer nachgewiesen sind, die zwar ein Lehrerstudium absolviert haben, danach aber in andere Berufe abgewandert sind¹.

Aus der Beobachtung, daß offenbar nur ein relativ kleiner Teil der Lehrer Tätigkeiten im nichtschulischen Bereich ausübt, sollte nicht vorschnell geschlossen werden, daß die Mobilitätsbarrieren für diesen Personenkreis objektiv zu hoch sind. Auffällig ist jedenfalls, daß jede dritte Person, die ihre Tätigkeit im Bereich "Lehren, Forschen, Ausbilden, Erziehen, Betreuen" hatte, keine Lehrerausbildung besaß, sondern einen anderen Beruf erlernt hatte. Dies gilt vor allem für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Seelsorger sowie für Personen mit anderen geistes-, gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Berufen. Das aber heißt, daß im schulischen Bereich zwar andere Berufsgruppen den Lehrern erfolgreich Konkurrenz machen, daß aber außerhalb dieses Bereichs die Lehrer weit weniger als Konkurrenten auftreten.

14. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch eine Analyse der Tätigkeitsfelder von Hochschulabsolventen mit abgeschlossenem Lehramtsstudium, die im Bayerischen Staatsinstitut für Bildungsforschung und Hochschulplanung vorgenommen wurde [vgl. Gellert, Schindler, 1980]. Danach wurden vom Prüfungsjahrgang 1976 nur 15 vH der Lehramtsstudienabsolventen nicht in den staatlichen Schuldienst übernommen, darunter waren über die Hälfte Absolventen mit 1. Staatsexamen, die den Vorbereitungsdienst freiwillig nicht antraten, teils weil sie das Studium fortsetzten, teils weil sie überhaupt keinen Beruf ausüben wollten, teils aber auch, weil sie eine Stelle außerhalb der Schule suchten. Von den Absolventen, die ihre Karriere in anderen Beschäftigungsbereichen begannen, fanden

¹ Eine andere Möglichkeit, den Verbleib von Lehramtsabsolventen zu erfassen, besteht in einer Bestandsrechnung, bei der die kumulierten Zahlen der Hochschulabsolventen und der Abgänge von Lehrern wegen Todes, Invalidität oder Pensionierung auf der einen Seite mit der Zahl der beschäftigten Lehrer auf der anderen Seite verglichen werden. Eine solche Rechnung weist jedoch beträchtliche Unschärfen auf. So hat sich zum Beispiel herausgestellt, daß die Zahl der Lehramtsprüfungen doppelt so groß ist wie die Zahl der Lehramtsabsolventen, etwa weil Kandidaten in mehreren Fächern geprüft werden oder weil sie die Prüfung wiederholen. Zu den Problemen einer solchen Bestandsrechnung vgl. Tessaring [1978].

- 26 vH im außerschulischen Bildungsbereich (Volkshochschule, Abendakademien, Einrichtungen der politischen Bildung),
- 32 vH in der Forschung (Hochschulen, Forschungsinstitute) und
- 42 vH in der gewerblichen Wirtschaft sowie in der staatlichen Verwaltung (Verlags-, Literatur- und Pressewesen, private Organisationen ohne Erwerbscharakter)

eine Anstellung.

Tabelle 7 - Studierende des Abiturjahrgangs 1976 im Wintersemester 1977/78, befragt nach beruflicher Wertorientierung, Übereinstimmung mit gewählter Fachrichtung und Konkretheit des Berufsziels (vH)^a

	Studierende			
	insgesamt	mit Studienziel Lehramt in der		
		Primarstufe	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II
Erwartungen an den Beruf				
in eine höhere Position aufsteigen	6	.	.	2
selbständig entscheiden	46	30	30	37
gut verdienen	10	7	6	7
anderen helfen und nützlich sein	33	57	57	50
Übereinstimmung mit gewählter Fachrichtung				
entspricht voll den Studienwünschen	59	47	44	54
entspricht nur teilweise den Studienwünschen	21	30	33	25
hätte lieber andere Fachrichtung gewählt	8	7	10	10
kein genauer Studienwunsch	9	12	10	8
Vorstellungen vom Beruf				
festes Berufsziel	40	75	76	67
wechselnde Vorstellungen	27	17	15	22
keine konkreten Vorstellungen	31	7	6	8

^a Die Position "ohne Angabe" bleibt unberücksichtigt.

Quelle: IAB-Längsschnittuntersuchung "Jugendliche beim Übergang vom Bildungsin das Beschäftigungssystem" (vgl. Stegmann [1980a, S. 58]).

Die Untersuchung kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen: "Es hat sehr stark den Anschein, als ob viele Lehramtsstudienabsolventen nur deshalb in Tätigkeitsbereichen außerhalb der Schule keine Anstellung fanden bzw. viele von ihnen überhaupt beschäftigungslos sind, weil sie sich von vorneherein nur um Tätigkeiten im Bildungsbereich bemühten. Hieraus könnte man wiederum folgern, daß zwar das Lehramtsstudium selbst seine Absolventen nicht notwendigerweise auf den Lehrerberuf festlegt, daß aber eventuell das Bewußtsein bzw. die Interessen und Berufswünsche der Betroffenen wesentlich auf den Bildungsbereich hin orientiert sind" [Gellert, Schindler, 1980, S. XVIII].

15. Es bleibt daher zu fragen, ob es nicht vielfach subjektive Barrieren sind, die viele Lehramtsabsolventen vor sich selbst auftürmen. Hierzu gehört vor allem die Einstellung zum künftigen Beruf. Nach einer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführten Untersuchung [vgl. Stegmann, 1980a] scheint bei Lehramtsstudenten das Karrieredenken deutlich weniger ausgeprägt zu sein als bei anderen Studentengruppen (vgl. Tabelle 7)¹. Weit über die Hälfte der befragten Studenten, die mit dem Lehrerstudium begonnen hatten, gaben als Berufsziel soziale Motive an ("anderen helfen und nützlich sein wollen"), verglichen mit einem Drittel der Studenten insgesamt.

Obwohl rund drei Viertel der Lehramtsstudenten recht konkrete Vorstellungen von ihrem künftigen Beruf hatten (gegenüber zwei Fünfteln bei den Studenten insgesamt), war ein relativ großer Teil mit seiner Studienwahl nicht zufrieden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Studenten in den Anfangssemestern normalerweise noch keine gesicherte Einstellung zu ihrem neuen Umfeld haben, dokumentiert sich hierin doch zweierlei:

- Lehramtsstudenten zeigen ein überdurchschnittlich starkes Fixiertsein auf ein bestimmtes Berufsziel. Zumindest haben sie schon früh klare Vorstellungen von der Rolle, die sie in der arbeitsteiligen Gesellschaft einnehmen wollen.
- Auffällig viele Lehramtsstudenten betrachten dennoch den eingeschlagenen Studienweg als Verlegenheitslösung - gleichsam als einen notwendigen Umweg, den sie offensichtlich nur unwillig gehen. Das gilt vor allem für Studierende, die ein Lehramt an der Primarstufe oder Sekundarstufe I anstreben, wobei auch der größere Anteil weiblicher Studierender eine Rolle spielen mag.

Diese Aussagen sind deshalb von Bedeutung, weil es sich hier vermutlich um dauerhafte Einstellungen handelt, die viele Lehramtsstudenten auch später schwerlich ablegen. Hierin liegt eine große Gefahr. Läßt sich das angestrebte Berufsziel nicht realisieren, sucht man selten nach einer Alternative. Entweder man resigniert oder man protestiert. Typisch scheint folgende Haltung: Der Staat hat mich für das Lehrerstudium angeworben (was zeitweise tatsächlich der Fall war), er hat mich zum Lehrer ausgebildet, er soll mich auch als Lehrer anstellen.

16. Freilich werden die Berufschancen junger Menschen nicht nur durch persönliche Einstellungen bestimmt, sondern auch durch Leistungen. Die These vom "Verlegen-

¹ Freilich sind auch die Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrer innerhalb ihres Berufs objektiv gering.

heitsstudium¹ vieler Lehrerstudenten wird dadurch gestützt, daß bei ihnen die Abiturnoten im Durchschnitt deutlich niedriger sind als bei den Studenten in anderen Fachrichtungen. Anders gewendet: Leistungsschwächere Abiturienten beginnen häufiger als leistungsstarke Abiturienten ein Lehrerstudium, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Dies zeigt sich übrigens nicht nur bei der Durchschnittsnote, sondern auch bei so wichtigen Einzelfächern wie Deutsch, Mathematik, Chemie oder Physik. Allerdings gilt dies überwiegend nur bei den Studiengängen für die Primarstufe und die Sekundarstufe I. Dies deutet darauf hin, daß leistungsschwächere Hochschulberechtigte die als schwierig eingestufte Ausbildung für die Sekundarstufe II meiden [vgl. Stegmann, 1980b].

Einkommenserwartungen und Berufswahl bei Lehrern

17. Aus den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht hervor, daß Lehramtsstudenten ihre Einkommenschancen realistisch einschätzen. Dies überrascht nicht, da die Gehälter im öffentlichen Dienst bekannt und die Aufstiegsmöglichkeiten überschaubar sind. Überdurchschnittlich viele Studienanfänger geben zudem an, daß die Einkommenserwartungen nicht ausschlaggebend für die Studienwahl gewesen sind. Auch dies erscheint glaubhaft.

Trotzdem kann man nicht davon ausgehen, daß Studienentscheidungen völlig unabhängig von den Verdienstmöglichkeiten getroffen werden. Das Lehrerstudium ist auch und gerade unter finanziellen Gesichtspunkten attraktiv, zumal die Studienzeiten insbesondere für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen relativ kurz sind. Anders ausgedrückt: Die Rendite auf Ausbildungsinvestitionen bei Lehrern ist überdurchschnittlich hoch.

18. Im Gegensatz zu einer Reihe anderer Länder ist in der Bundesrepublik der Zusammenhang zwischen Einkommen und Berufswahl noch weitgehend unerforscht. Die wenigen empirischen Untersuchungen, die es bislang gibt, sind über das Experimentierstadium nicht hinausgelangt¹. Es fehlt nicht nur an hinreichend gegliederten statistischen Informationen, sondern teilweise auch an operationalen und erprobten Konzepten, mit denen sich das Problem analytisch in den Griff bekommen läßt. Aus den angeführten Untersuchungen, die sich teils auf die sechziger, teils auf die siebziger Jahre beziehen, kann man aber folgendes ableiten (Tabelle 8):

- Es besteht eine enge Korrelation zwischen Einkommenshöhe und Ausbildung: Beschäftigte mit Hochschul- und Fachhochschulausbildung erzielen im Durchschnitt mindestens ein doppelt so hohes Nettoeinkommen wie Beschäftigte ohne qualifizierten Ausbildungsabschluß. Die Rendite auf Ausbildungskapital ist, auch unter Berücksichtigung der Opportunitätskosten, höher als die Rendite auf Sachkapital.
- Es gibt zwar Anzeichen dafür, daß sich die kräftige Bildungsexpansion der siebziger Jahre tendenziell nivellierend auf die Einkommensstrukturen ausgewirkt hat. Dabei scheint es aber so zu sein, daß sich dieser Effekt vornehmlich bei

¹ Vgl. Schmidt [1967]; Kullmer, Krug [1967]; Pfaff et al. [1975; 1978]; Weißhuhn [1977].

Tabelle 8 - Einkommensunterschiede^a bei Erwerbstitigen in der Bundesrepublik nach Geschlecht und Ausbildungsabschluß - Ergebnisse ausgewählter Untersuchungen

	Männlich					Weiblich				
	Universität, Hochschule	Pädagogische Hochschule	Ingenieur-, Technikerschule	Berufsfach-, Fachschule	betriebl. Berufsausbildung	Universität, Hochschule	Pädagogische Hochschule	Ingenieur-, Technikerschule	Berufsfach-, Fachschule	betriebl. Berufsausbildung
Schmidt, Baumgarten ^b	227	175	187	137	-	268	227	-	143	-
Kullmer, Krug ^c	204	155	164	131	-	283	266	233	175	-
Weißhuhn ^d	209	-	176 ^e	129 ^e	113 ^f	243	-	182 ^e	147 ^e	167 ^f
Krug ^d	183	-	177 ^e	132 ^g	-	218	-	203 ^e	142 ^g	-
Pfaff, Fuchs, Köppl ^h	180	-	154	131	-	-	-	-	-	-

^aEinkommen von Personen ohne Ausbildungsabschluß = 100. - ^bMeßziffer errechnet auf Basis des monatlichen Nettoeinkommens nach Mikrozensus 1964. - ^cMeßziffer errechnet auf Basis des Nettolebensinkommens nach Mikrozensus 1964. - ^dMeßziffer errechnet auf Basis des Nettolebensinkommens nach Volks- und Berufszählung 1970. - ^eOhne Technikerschule. - ^fNur betriebliche Berufsausbildung mit einer Dauer von 3 Jahren und mehr. - ^gEinschließlich Technikerschule. - ^hMeßziffer errechnet auf Basis des Nettolebensinkommens nach Mikrozensus 1964, fortgeschrieben auf das Jahr 1973.

Quelle: Clement et al. [1980].

den jüngeren Altersjahrgängen (insbesondere bei Berufsanfängern) zeigt, während er sich bei den Jahrgängen, die schon länger im Berufsleben stehen, offenbar erst schwach bemerkbar macht [vgl. Clement et al., 1980].

19. Geht man von der These aus, daß zwischen Verdienstchancen und Berufswahl eine enge Beziehung besteht (was zugegebenermaßen eine gewisse Vereinfachung darstellt), dann muß ein Überangebot auf bestimmten Teilarbeitsmärkten damit zusammenhängen, daß dort der Lohnsatz signifikant über dem Gleichgewichtslohnsatz liegt, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten mithin nicht wahrgenommen werden [vgl. Albrecht, 1970]. Bei Lehrern spricht zweierlei für diese These:

- Lehrer sind ganz überwiegend beim Staat beschäftigt; auf sie findet das Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes Anwendung. Die Besoldung für Lehrer des gehobenen Dienstes (im wesentlichen Lehrer an Grund- und Hauptschulen) ist seit Mitte der fünfziger Jahre mehrfach verbessert worden. Zwischen 1957 und 1970 sind für diese Personengruppe unter dem Eindruck des allgemeinen Lehrermangels die Vergütungen um drei, teilweise sogar um vier Besoldungsstufen angehoben worden¹. Eine Anpassung des Besoldungsrechts an Veränderungen der Marktbedingungen findet hier erst mit großer Verzögerung statt, und dies in aller Regel nur in Form einer Anpassung nach oben. Es gibt keinen Zweifel, daß die

¹ Bis 1957 wurden z. B. Grund- und Hauptschullehrer in Schleswig-Holstein in der Eingangsstufe nach der Besoldungsgruppe A 9 bezahlt. Am 1. 4. 1957 erfolgte ihre Höhergruppierung nach A 10/A 10a, 1964 nach A 11, 1970 nach A 12. Direktoren an Grund- und Hauptschulen, die bis 1957 noch nach der Gruppe A 10b besoldet wurden, sind inzwischen bis in die Gruppe A 14 aufgerückt, Direktoren an Realschulen sowie an Sonderschulen zeitweise bis in die Gruppe A 15.

derzeitigen Lehrergehälter die Knappheitsrelationen der fünfziger und sechziger Jahre widerspiegeln und daher nicht mehr so recht zur heutigen Situation passen.

- Der Arbeitsmarkt für Lehrer ist somit das, was man in der Arbeitsmarkttheorie einen segmentierten oder strukturierten Markt nennt. Segmentierung oder Strukturierung bedeutet hier, daß Faktorpreise und Faktorallokation nicht oder nur in begrenztem Maße den Marktgesetzen folgen. Die Anpassungsreaktionen vollziehen sich zumeist in Form sogenannter Cobweb-Zyklen: Einmal gibt es zu wenig Lehrer, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, weil der Staat als Arbeitgeber die Lehrer offensichtlich zu niedrig eingruppiert hatte, um genügend Lehramtsbewerber anzulocken; ein anderes Mal gibt es zu viele davon, wie gegenwärtig, weil der Staat mehr zahlt, als er zu zahlen brauchte, um seinen Bedarf zu decken.
- Auf segmentierten Arbeitsmärkten werden Angebot und Nachfrage nicht über den Preis zur Deckung gebracht, sondern durch Zugangsbeschränkungen. Studienanfänger brauchen zwar nicht damit zu rechnen, daß ihre Einkommenserwartungen später enttäuscht werden, dafür gibt es aber eine Warteschlange, die den Zugang zum Beruf regelt. Es zeichnet sich ab, daß die Warteschlange für Lehrer in den achtziger Jahren sehr lang werden wird - es sei denn, viele ausgebildete Lehrer sehen sich nach Alternativen um.
- Es ist nicht auszuschließen, daß die drastische Verschlechterung der Einstellungs-chancen über kurz oder lang viele, vielleicht sogar zu viele junge Menschen abhalten wird, ein Lehrerstudium zu beginnen. Damit wäre ein erneuter Mangel an Lehrern für die neunziger Jahre und danach vorprogrammiert, wenn nämlich wieder mehr Lehrer altershalber pensioniert werden.

Dimensionen des Absorptionsproblems: Eine Zwischenbilanz

20. Aus den bisherigen Überlegungen folgt, daß eine rasche und einfache Lösung des Absorptionsproblems durch Internalisierung nicht zu erwarten ist.

- Bei Zugrundelegung realistischer Annahmen über den Bedarf an Lehrern muß man damit rechnen, daß rund 150 000 angehende Lehrer keine Beschäftigung im Schuldienst finden werden. Vor dem Hintergrund eines relativ kleinen Teilarbeitsmarktes (derzeit gibt es etwa 600 000 hauptberufliche Lehrer) ist dies eine alarmierende Entwicklung.
- Es gibt offensichtlich objektive und subjektive Barrieren für Lehrer, in alternative Tätigkeitsfelder überzuwechseln. Wichtigster objektiver Hinderungsgrund ist der derzeitige Zuschnitt der Lehrerausbildung, der eine freie Berufsentscheidung nach Abschluß des Studiums erschwert. Als subjektiver Hinderungsgrund ist vor allem das einseitige Rollenverständnis zu nennen, das viele Lehrer, aber nicht nur sie allein an den Tag legen. Es scheint so zu sein, daß viele Lehrer eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft für sich ausschließen und daß viele Unternehmen Lehrer für "handfestes Arbeiten" als nicht besonders geeignet halten.

21. Das Problem einer drohenden Lehrerarbeitslosigkeit ist freilich nur Teil der allgemeinen Arbeitsmarktprobleme. Derzeit fehlen in der Bundesrepublik weit über eine Million Arbeitsplätze [vgl. Sachverständigenrat, JG 1981/82, Ziff. 328 ff.]. Es ist zu befürchten, daß sich die Arbeitsplatzlücke in den achtziger Jahren weiter vergrößert. Für angehende Lehrer stellt sich somit das Problem, daß ihre beruflichen Chancen in den achtziger Jahren in doppelter Weise beeinträchtigt sind: zum einen, weil es erheblich weniger Kinder zu unterrichten gibt, zum anderen, weil der Wettbewerb um alternative Arbeitsplätze härter werden dürfte.

Alternative Strategien zur Überwindung der Lehrerarbeitslosigkeit

22. Was mit denjenigen Lehrern geschehen kann, die keine Anstellung finden werden, ist eine weithin offene Frage. Patentrezepte sind nicht zur Hand. Die Kultusbürokratie ist nach dem Eingeständnis des bayerischen Kultusministers Maier "ratlos". Die von ihr ins Auge gefaßten Maßnahmen "scheinen entweder wegen der Finanznot des Staates, wegen Grundsätzen des Beamtenrechts oder wegen des verständlichen Besitzstanddenkens der betroffenen Gruppen ohne große Aussichten auf großen Erfolg" [vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. März 1982].

Freilich gibt es bislang noch nicht einmal einen Konsens darüber, in welcher Richtung die Lösung gesucht werden soll. Zwei Strategien stehen zur Diskussion:

- Die eine Strategie setzt sich zum Ziel, möglichst alle Lehrer im Schuldienst unterzubringen. Die erforderlichen Planstellen sollen vornehmlich durch eine "Umverteilung von Arbeit und Einkommen" zwischen den beschäftigten und den beschäftigungslosen Lehrern geschaffen werden.
- Die andere Strategie sieht hingegen eine Lösung nur darin, daß die Beschäftigungschancen für Lehrer in alternativen Berufen verbessert werden. Es bedarf dazu zunächst einmal zusätzlicher Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft, die nur durch mehr Wachstum und vor allem durch mehr Investitionen zu schaffen sind.

Lösungen scheinen auf den ersten Blick näher bei der ersten als bei der zweiten Strategie zu liegen. Für die Betroffenen ist die erste Strategie zweifellos der bequemere Weg. Man muß sich aber fragen, ob sie auch der bessere Weg ist. Es ist mit Nachdruck der These entgegenzutreten, daß der "Mangel an Arbeit" das Problem der achtziger Jahre ist. Was allenthalben fehlt, sind Arbeitsplätze, an denen rentabel produziert werden kann. Es ist das Kostenniveau, das über die Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Volkswirtschaft entscheidet. Hilfreich ist daher alles, was die Produktionskosten senkt. Hieraus folgt: Stagnation und Arbeitslosigkeit können am raschesten dadurch überwunden werden, daß sich diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, wieder mehr anstrengen, anstatt nach kürzerer Wochenarbeitszeit, längerem Urlaub oder früherer Pensionierung zu rufen.

Strategie I: Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer im Schuldienst

23. Von beiden Strategien besitzt bei den Bildungspolitikern und den Interessenvertretern verständlicherweise diejenige Priorität, die darauf hinzielt, die Aufnahmefähigkeit des schulischen Bildungssystems zu erhöhen. So konzentriert sich ein Arbeitspapier des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom Dezember 1981¹, wie ähnliche Vorlagen von anderer Seite², fast ausschließlich auf diese Strategie. Allerdings macht es die Finanzlage den Ländern derzeit schwer, zusätzliche Lehramtsbewerber einzustellen. Nach dem Diskussionspapier aus dem Kultusministerium Nordrhein-Westfalen "kommen auf absehbare Zeit keine Maßnahmen in Betracht, die die Haushalte der Länder zusätzlich belasten" [S. 91]. Daraus wird gefolgert, "daß die knapper werdende Arbeit auf mehr Bewerber verteilt werden muß, ohne daß dadurch zusätzliche Kosten entstehen" [S. 2].

24. Bevor auf die wichtigsten in der Diskussion befindlichen Vorschläge eingegangen werden soll, sind einige generelle Vorbemerkungen notwendig.

Lehrer werden in den achtziger Jahren zwar von Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen sein, aber sie nehmen deshalb keine Sonderstellung unter den Arbeitslosen ein, nicht einmal unter den arbeitslosen Akademikern. Der Staat hat eine beschäftigungspolitische Verpflichtung gegenüber allen Gruppen der Gesellschaft, und dies auch nur insoweit, wie er für günstige Rahmenbedingungen sorgen kann, unter denen ein kräftiges Wachstum möglich ist. Er kann jedoch schwerlich eine Einstellungsgarantie für eine ganz bestimmte Berufsgruppe geben. Allenfalls die geringe alternative Verwendungsmöglichkeit von Lehrern könnte als Argument dafür herhalten, den Staat in die Mitverantwortung zu nehmen, weil er daran nicht ganz schuldlos ist. Denn schließlich ist er für die Gestaltung der Studienpläne verantwortlich. Dies spräche freilich für verstärkte mobilitätsfördernde Maßnahmen, wäre aber kein Grund, alle Lehrer in den Schuldienst zu übernehmen. Nicht einmal der Wunsch nach einer Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation ist in diesem Zusammenhang stichhaltig, weil diese Aufgabe immer vor dem Hintergrund anderer, nicht minder wichtiger staatlicher Aufgaben gesehen werden muß.

25. Die Vorschläge, möglichst viele Lehrer im Schuldienst unterzubringen, entspringen rein politischen (und häufig auch nur interessenpolitischen) Überlegungen. Sie sind weder unter wirtschaftlichen noch unter rechtlichen Gesichtspunkten durchdacht. Vor allem aber unterschätzen sie die Größenordnung des Problems: 10 000 oder auch 20 000 zusätzliche Lehrerstellen könnten selbst den relativ kleinen Teilarbeitsmarkt für Lehrer nicht entscheidend entlasten. Es bliebe dann noch immer die Frage, was mit anderen Bewerbern geschehen soll, die keine Anstellung fänden.

Da die Aufnahmefähigkeit des Schulsystems nun einmal begrenzt ist - wie erinnerlich, wird es aller Voraussicht nach nicht einmal erforderlich sein, jede zweite freiwerdende Lehrerstelle zu ersetzen -, bliebe in der Tat nur die Umverteilung der Arbeit auf mehr Lehrer. Folgende Modelle stehen hierbei zur Diskussion:

¹ Vorlage zur 208. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz.

² Zum Stand der Diskussion vgl. DGB [1980].

- Eine Verringerung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl für alle Lehrer bei entsprechender Herabsetzung der Vergütungen,
- eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit bei entsprechender Herabsetzung der Versorgungsbezüge,
- eine Ausweitung der Teilzeitarbeit,
- eine Herabsetzung der Vergütung ohne Freizeitausgleich,
- die Einführung von Wartezeiten für Lehramtsbewerber,
- sonstige Maßnahmen, wie die Einführung einer Zwei-Drittel-Beschäftigung für Junglehrer.

Verringerung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl bei entsprechender Herabsetzung der Vergütung

26. Bei dieser Variante steht die Überlegung im Vordergrund, daß eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl, wie sie die Lehrer und ihre Standesorganisationen schon seit längerem fordern, zur Einstellung von zusätzlichen Lehramtskräften zwingen würde. Eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde würde im allgemeinen und im beruflichen Schulwesen rein rechnerisch 25 000 zusätzliche Lehrerstellen erfordern. Voraussetzung für Kostenneutralität wäre freilich, daß die Vergütungen für alle Lehrer um 4,5 vH (und unter Berücksichtigung sonstiger Personalkosten, wie Beihilfen und späterer Pensionslasten, sogar noch etwas stärker) gekürzt werden.

27. Gegen diesen Vorschlag lassen sich vor allem rechtliche Bedenken vorbringen. Er wäre wohl nur auf freiwilliger Grundlage zu verwirklichen. Dies wiederum stellte seine Erfolgchancen in Frage. Der Tausch von Einkommen gegen Freizeit mag zwar für manchen Lehrer durchaus attraktiv sein (obwohl zu bedenken ist, daß für einen vollbeschäftigten Lehrer in der Besoldungsgruppe A 12 bei einer 5prozentigen Gehaltskürzung monatlich rund 150,- DM netto auf dem Spiele stehen), erzwingen läßt er sich vermutlich aber nicht. Eine Herabsetzung der Vergütungen um 5 vH könnte als eine gegen Art. 33/V GG verstoßende einseitige Änderung des Dienstverhältnisses aufgefaßt werden, nämlich als Übergang zu einer zwangsweisen Teilbeschäftigung mit Teillentlohnung. Mit Sicherheit ließe sich eine solche Maßnahme nicht nur auf Lehrer begrenzen. Die diskriminierende Ungleichbehandlung einer Beamtengruppe (mag sie auch aus noch so lobenswerten Motiven erfolgen) ist unstatthaft¹.

28. Ohnehin ist fraglich, ob bei einer Herabsetzung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde die rechnerisch mögliche Mehrbeschäftigung von 25 000 Lehrern zustande käme. Zu kompensieren wäre ja nicht der Ausfall von Lehrerstunden schlechthin, sondern von Lehrerstunden an ganz bestimmten Schulen sowie in ganz bestimmten Fächern und Fächerkombinationen. Häufig summierte sich die reduzierte Arbeits-

¹ Aus Gründen der Gleichbehandlung müßten auch alle Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes in die Regelung einbezogen werden. Dies wäre mit den Gewerkschaften auszuhandeln.

zeit nicht einmal zur Arbeitszeit einer Halbtagskraft. Vor allem kleinere Schulen, die keine zusätzliche Lehrkraft zugewiesen bekommen, müßten dann sehen, wie sie über die Runden kommen.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit bei entsprechender Herabsetzung der Versorgungsbezüge

29. Eine zweite Variante der Arbeitszeitverkürzung ist die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von Lehrern auf Antrag ab dem 58. oder gar 55. Lebensjahr, und zwar unter gleichzeitiger Minderung der Ruhestandsbezüge. Dieses Modell hat eine Parallele in dem Vorschlag einer Tariffrente, wie sie gegenwärtig für Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft diskutiert wird. Die vorzeitige Pensionierung stieße, weil sie von der Zustimmung des Beamten abhängig ist, auf keine rechtlichen Bedenken, es sei denn, sie bliebe wiederum auf Lehrer beschränkt. Abschläge beim Ruhegehalt wären unter diesen Umständen statthaft. Sie könnten im Prinzip nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt werden, müßten aber mit dem Alimentationsprinzip vereinbar bleiben und dürften insbesondere den Grundsatz der Amtsangemessenheit der Versorgungsbezüge nicht verletzen. Dies wäre bei einer Altersgrenze von 58 Jahren vermutlich noch nicht der Fall, mit Sicherheit aber dann, wenn die Altersgrenze auf 55 Jahre vorverlegt würde.

Es ist schwer abzuschätzen, wie viele Beamte unter diesen Bedingungen vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden würden. Dies hinge nicht zuletzt von der rechtlichen Gestaltung des Vorschlags ab, vor allem aber von der Höhe der Abzugsbeträge. Hingewiesen werden könnte auf die große Zahl derer, die sich gegenwärtig schon mit Vollendung des 63. Lebensjahres pensionieren lassen, doch ist dem schwerlich Indizwert beizumessen, weil das derzeitige Recht in diesem Fall keine Abzüge vom Ruhegehalt kennt, das immer auf der Basis der bis zur Pensionierung erworbenen Anwartschaften - und häufig sind das 35 anrechnungsfähige Dienstjahre - errechnet wird. In Anbetracht der nur schwach besetzten oberen Altersjahrgänge dürfte sich aber der Entlastungseffekt in engen Grenzen halten; er wird hier auf etwa 10.000 Stellen veranschlagt.

30. Anders als eine freiwillige vorzeitige Pensionierung ist eine zwangsweise Vorverlegung der Altersgrenze (etwa auf das 60. Lebensjahr) zu beurteilen. Denn sie verkürzt die Lebensarbeitszeit ohne Rücksicht darauf, ob der Beamte schon in ausreichendem Maße Versorgungsanwartschaften erworben hat. Eine solche Maßnahme wäre daher wohl nur vertretbar, wenn

- bereits ein Versorgungsniveau erreicht ist, das dem Gebot der amtsangemessenen Alimentation entspricht,
- die vorzeitige Zwangspensionierung keine zusätzlichen Abschläge vom Ruhegehalt nach sich zieht.

31. Es stellt sich aber die Frage, ob bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit ausgerechnet der Staat den Vorreiter spielen sollte. Wegen des Signalcharakters eines solchen Vorpreschens wäre eine Herabsetzung der Altersgrenze auch in der gesetz-

lichen Rentenversicherung kaum noch zu umgehen. Es ist schwer vorstellbar, daß dabei eine kostenneutrale Lösung herauskäme. Angesichts der sich für die achtziger Jahre abzeichnenden Finanzierungsschwierigkeiten bei den verschiedenen Alterssicherungssystemen wäre ein solcher Schritt verhängnisvoll.

Ausweitung der Teilzeitarbeit

32. Auf keine ernsthaften wirtschaftlichen und rechtlichen Bedenken treffen Vorschläge, die Teilzeitarbeit auszuweiten. Es fragt sich jedoch, ob dadurch viele zusätzliche Stellen geschaffen werden können, zumal Teilzeitarbeit für Beamte nach geltendem Recht auch heute schon möglich ist, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Eine teilweise Beschäftigung kommt vor allem für Ehepartner mit Kindern in Betracht, welche die Doppelbelastung von Haushalt und Beruf nicht verkraften können. Dabei muß man aber sehen, daß der Lehrerberuf, der in der Regel nur eine halbtägige Anwesenheit des Lehrers in der Schule erfordert, ohnehin schon den Bedürfnissen von Ehepartnern mit Kindern entgegenkommt. Man sollte daher die Erwartungen, die an eine Ausweitung der Teilzeitarbeit geknüpft werden, nicht zu hoch schrauben: Die Zahl von 20 000 zusätzlichen Lehrerstellen scheint bereits die Obergrenze zu sein. Im übrigen muß man damit rechnen, daß ein erleichterter Zugang zu Teilzeitarbeit wiederum zusätzliche Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen anlockt. Viele verheiratete Lehrerinnen, die ihren Beruf derzeit nicht ausüben, werden verstärkt versuchen, in den Schuldienst zurückzukehren, wenn sie attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden.

Herabsetzung der Vergütung ohne Freizeitausgleich

33. In der Diskussion ist auch der Vorschlag, die Lehrerbesoldung von der allgemeinen Beamtenbesoldung abzukoppeln. Dabei sind zwei Varianten im Gespräch: erstens eine im Vergleich zu den übrigen Beamten geringere jährliche Anpassung der Bezüge und zweitens die Schaffung einer gesonderten Besoldungsordnung L. Die Absicht dieses Vorschlags ist zunächst einmal, finanziellen Spielraum zu gewinnen, um auf diese Weise mehr Lehrern die Anstellung zu ermöglichen.

Dem ersten Vorschlag stehen rechtliche, dem zweiten Vorschlag politische Hindernisse entgegen:

- Eine Benachteiligung allein der Lehrer bei Besoldungserhöhungen ist verfassungsrechtlich indiskutabel. Sie verstieße nicht nur gegen den allgemeinen Gleichheitssatz, sondern auch gegen das besoldungsgesetzliche Gebot der Anpassung der Besoldung an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Denkbar wäre allenfalls die Anwendung dieser Regelung auf alle Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (also nicht nur auf Beamte), doch bliebe abzuwarten, ob so etwas von den Gewerkschaften tarifpolitisch akzeptiert würde. Die jüngsten Erfahrungen stimmen reichlich skeptisch.

- Keine rechtlichen Bedenken gäbe es bei der Einführung einer gesonderten L-Besoldung, für die bereits Vorbilder existieren (so die R-Besoldung für Richter und die C-Besoldung für Hochschullehrer). Das Übergangsrecht müßte freilich erworbene Besitzstände wahren, so daß eine solche Neuregelung sich erst nach einiger Zeit voll auswirken würde; praktisch kämen hier zunächst nur die neu einzustellenden Lehrer in Betracht¹. Auch eine Änderung des Beförderungskessels, wie sie verschiedentlich vorgeschlagen wird, wäre denkbar. Freilich müßten die Regelungen wieder alle Beamten erfassen, es sei denn, die Situation des Lehrerberufs geböte Sonderregelungen². Wohlgedenkt, das Überangebot an Lehrern wäre kein Argument für eine solche Maßnahme.

34. Die quantitativen Effekte einer Neuordnung des Besoldungsrechts sind schwer abzuschätzen, weil sie nicht zuletzt von der konkreten Ausgestaltung der Regelung abhängen. Sie wären jedoch wegen der unumgänglichen Besitzstandsklausel zunächst nicht sehr bedeutsam. Kurzfristig ließen sich mit den eingesparten Geldern vermutlich nur einige hundert zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

35. Es gibt jedoch ein ganz anderes Argument für diesen Vorschlag, das verständlicherweise von den Betroffenen nicht gern gehört wird: Die Lehrergehälter sind derzeit höher, als sie es angesichts des Überschusses an Lehramtsbewerbern unter Marktbedingungen zu sein brauchten; sie tragen damit nicht unerheblich zu diesem Überschuss bei. Es wäre daher folgerichtig, die Besoldungsstrukturverbesserungen der Jahre 1957-1970 teilweise wieder rückgängig zu machen - Verbesserungen, die bekanntlich auch vorgenommen wurden, um den Mangel an Lehramtsbewerbern zu beheben.

Wartezeiten

36. Wenig durchdacht ist schließlich der Vorschlag, Wartezeiten für Lehramtsbewerber einzuführen. Es ist nicht zu sehen, was damit erreicht werden soll, zumal offen bleibt, was die Wartenden in der Zwischenzeit tun und vor allem, wovon sie leben sollen. Eine Warteschlange bleibt eine Warteschlange, auch wenn man sie ordnet. Der Stau an Bewerbern würde dadurch nicht geringer. Er könnte sogar größer werden, wenn den Bewerbern eine Anstellung in Aussicht gestellt würde, die Suche nach einem anderen Arbeitsplatz mithin unterbliebe.

¹ Im Gespräch ist insbesondere die Einführung einer Probezeit von vier Jahren. Während dieser Zeit erhielten Beamte eine Besoldung, die eine Stufe unter dem jeweiligen Eingangsamt läge. Dabei wäre das Eingangsamt für Lehrer des höheren Dienstes Bes.Gr. A 12, für Lehrer des gehobenen Dienstes Bes.Gr. A 11.

² Solche Sonderregelungen bestehen bei der R-Besoldung.

Zwei-Drittel-Beschäftigung für Junglehrer

37. Bereits praktiziert wird teilweise die sogenannte Zwei-Drittel-Beschäftigung von Lehramtsbewerbern. Diese Maßnahme begegnet - soweit ersichtlich - keinen rechtlichen Bedenken, wenngleich sie kaum den hergebrachten Strukturen des Berufsbeamtentums entspricht. Die Rechtsprechung hat diesen Weg aber inzwischen sanktioniert, so daß man hier von einem beamtenrechtlich gebilligten Strukturwandel sprechen kann, und zwar in Anpassung an das wesentlich flexiblere Arbeitsrecht.

Man muß sich aber fragen, ob dieses Modell mehr als eine Übergangslösung sein kann. Auf die Dauer sind nicht zwei Gruppen von Lehrern denkbar - solche, die voll arbeiten und voll verdienen, und solche, denen zwangsweise die Arbeitszeit und das Einkommen beschnitten werden.

Überdies wären die Entlastungseffekte davon abhängig, wie viele Lehrer überhaupt eingestellt werden können. Sind es, wie zu erwarten ist, nur wenige, hätte dieser Vorschlag auch nur geringe Auswirkungen auf den Lehrerarbeitsmarkt.

Abschließende Bewertung

38. Alle Vorschläge, die darauf hinzielen, mehr Lehrer im Schuldienst unterzubringen, stoßen wegen des objektiv geringen Bedarfs an enge Grenzen. Bei den zur Diskussion stehenden Maßnahmen ergeben sich zwar rechnerische Effekte, die im Einzelfall bis zu 25 000 zusätzlichen Stellen (bezogen auf einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren) reichen, doch dürfen die Effekte nicht einfach addiert werden. So ist es fraglich, ob gleichzeitig die Wochenstundenzahl und die Pensionsgrenze ohne entsprechende einkommensmäßige Kompensation im Hinblick auf das Alimentsprinzip herabgesetzt werden können. Überhaupt bedarf der Grundgedanke eines erzwungenen Sonderopfers einer Beamtengruppe zugunsten Dritter einer rechtlichen Überprüfung. Ein "Lehrereinstellungsprogramm", auf das zum Beispiel die Vorschläge aus dem Kultusministerium Nordrhein-Westfalen hinauslaufen, wäre nur als Teil eines allgemeinen Beschäftigungsprogramms zu realisieren, und auch als solches nur bis zu einer gewissen Grenze¹.

39. Im übrigen gilt es einem verbreiteten Mißverständnis entgegenzutreten. Es kann kein sinnvolles Ziel sein, nicht einmal ein bildungspolitisches, möglichst viele Lehrer einzustellen, auch wenn es den Steuerzahler nichts zusätzlich kostet. Das Geld in den öffentlichen Kassen ist knapp, und es gibt neben dem Bildungsbereich noch andere Aufgabenbereiche, bei denen der Staat in die Pflicht genommen ist. Arbeitslosigkeit unter Lehrern ist nur eines von vielen drängenden Problemen. Geld, das

¹ Die in der Vorlage erwähnte alternative "Ergänzungsabgabe zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung" entbehrt im geltenden Recht jeglicher Grundlage. Aus diesem Grunde hat auch die Bundesregierung darauf verzichtet, diesen Gedanken weiterzuverfolgen, obwohl er von Teilen der SPD und der Gewerkschaften immer wieder propagiert wird.

der Staat hier spart, kann er an anderer Stelle ausgeben, wo es, auch und gerade unter Arbeitsmarktgesichtspunkten, sinnvoller ist.

Lehrer und Entwicklungshilfe

40. Eine andere Möglichkeit, die freilich kaum diskutiert wird, ist der verstärkte Einsatz von Lehrern im Ausland. Gegenwärtig ist nur eine relativ geringe Anzahl deutscher Lehrer in anderen Ländern tätig, die meisten davon an deutschen Schulen, einige aber auch in beruflichen Ausbildungszentren, die im Rahmen der Entwicklungshilfe unterhalten werden. Es hat jedoch bislang keinen größeren Versuch gegeben, Lehrer für den Aufbau des Schulwesens in den Entwicklungsländern zu gewinnen. Bis vor kurzem wäre so etwas vermutlich auch wenig erfolgreich gewesen, weil es genügend freie Lehrerstellen an heimischen Schulen gab¹.

Die Entwicklungsländer haben immer wieder Interesse an Lehrern aus den Industriestaaten bekundet. Ihr Bedarf auf diesem Gebiet ist praktisch unbegrenzt. Es sollte daher überlegt werden, wie eine größere Anzahl beschäftigungsloser Lehrer zu einer Tätigkeit in einem Entwicklungsland ermutigt werden könnte.

41. Ein Vorschlag für eine solche Lösung könnte wie folgt aussehen: Der Staat stellt künftig vorzugsweise solche Lehrer ein, die sich bereit erklären, für eine begrenzte Zeit (etwa fünf Jahre) als Lehrer ins Ausland zu gehen.

- Lehrer, die sich für eine Tätigkeit in einem Entwicklungsland verpflichten, erhalten die Garantie für eine spätere Übernahme ins Beamtenverhältnis.
- Sie absolvieren nach Abschluß ihres Lehrerstudiums ein zwölfmonatiges Zusatzstudium, in dem sie vor allem die Sprache des Gastlandes und gewisse praktische Fertigkeiten erlernen.

Das Entwicklungshilfe-Lehrer-Programm könnte über die Gesellschaft für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (GEZ) abgewickelt werden. Die Kosten hätte der Bund zu tragen; sie lassen sich - geht man einmal von 20 000 Lehrern aus - auf jährlich eine Milliarde DM veranschlagen². Die Einzelheiten des Programms müßten noch überdacht werden, wenn es grundsätzlich akzeptabel erscheint.

Eine offene Frage ist allerdings, ob sich für ein solches Programm genügend Bewerber fänden. Man sollte aber annehmen, daß eine Lehrertätigkeit im Ausland eine genügend attraktive Alternative zur Arbeitslosigkeit ist. Das Programm eröffnet jungen Menschen, die sonst nur sehr begrenzte Einstellungschancen haben, einen neuen

¹ Lehrer zeigen zwar seit jeher ein überaus großes Interesse für eine Tätigkeit an deutschen Schulen im Ausland, doch konzentriert es sich auf die interessanteren Plätze wie Paris, London oder Rio de Janeiro. Es ist außerdem weitgehend auf die englisch-, französisch- oder spanischsprachigen Länder beschränkt.

² Derzeit gibt der Bund etwa 6,5 Mrd. DM für Entwicklungshilfe aus. Ein Teil davon könnte zur Finanzierung des Programms verwendet werden.

Weg, in ihrem Beruf tätig zu sein. Dies wäre zudem auch eine effiziente Verwendung des weltweit knappen Faktors Humankapital. Den Vorteil davon hätten auch die deutschen Kinder, wenn sie von Lehrern unterrichtet werden, die ihren Horizont durch Auslandserfahrungen erweitern konnten.

Strategie II: Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer außerhalb des Schulsystems

42. Es führt allerdings kein Weg daran vorbei, daß viele der von Arbeitslosigkeit bedrohten Lehrer Arbeitsplätze in anderen Berufen finden müssen. Freilich: Was diese Lehrer tun können, damit ihre Einstellungschancen bei der privaten Wirtschaft steigen, ist weithin unklar. Mit der Eröffnung von Teestuben, Bioläden und anderen Verlegenheitslösungen ist für die meisten das Problem nicht zu lösen. Solange der Staat der alleinige Anbieter von Studienplätzen ist, muß auch er sich über alternative Berufswege für Lehrer Gedanken machen, wenn sich herausstellt, daß der bisher eingeschlagene Weg in die Sackgasse führt.

Was derzeit fehlt, ist eine längerfristige Konzeption zur Vermeidung von Lehrerarbeitslosigkeit, die aus den folgenden vier Stufen bestehen sollte:

- Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmendaten, damit mehr Arbeitsplätze, vor allem in der privaten Wirtschaft, geschaffen werden.
- Erleichterung des Fachrichtungswechsels sowie Einführung eines Aufbau- und Umschulungsstudiums für Studenten, die bereits ein Lehrerstudium begonnen oder abgeschlossen haben.
- Reform der Lehrerausbildung für künftige Studenten im Sinne einer stärkeren Entkoppelung von Ausbildung und Beruf.
- Kapazitätsabbau bei der Lehrerausbildung, zumindest verstärkte Aufklärungsarbeit über die Risiken des Lehrerstudiums.

Generelle beschäftigungspolitische Maßnahmen

43. Die Chancen für Lehrer, außerhalb des schulischen Bereichs einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, sind nicht gut, solange es auch dort an Arbeitsplätzen mangelt. Eine Flexibilisierungsstrategie, die darauf hinzielt, Lehrern den Einstieg in der privaten Wirtschaft zu erleichtern, läuft dann ins Leere. Ohne eine Wende am Arbeitsmarkt haben Lehrer auch in anderen Berufen beträchtliche Schwierigkeiten, Fuß zu fassen.

Auf die Möglichkeiten, mehr Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft zu schaffen, braucht hier nicht im einzelnen eingegangen zu werden. Hierüber gibt es seit längerem eine breite Diskussion. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf folgendes hingewiesen: Bei den Bemühungen um Lösungen gilt es der Versuchung zu widerstehen,

den Problemen auszuweichen. Es macht keinen Sinn, Arbeitsplätze in Bereichen zu schaffen, in denen sie sich über kurz oder lang als Fehlinvestitionen erweisen. Auch kurzfristig sollten nur Lösungen in Betracht gezogen werden, die langfristig Bestand haben können. Dieser Grundsatz muß auch und gerade bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Lehrer gelten.

Abbau von Mobilitätsbarrieren bei angehenden Lehrern

44. Auch Lehrer müssen lernen, was letztlich schon immer für andere Berufsgruppen gilt, daß sich jedes Angebot, wenn es nur attraktiv genug ist, seine eigene Nachfrage schafft. Alternative Berufe für Lehrer sind nicht einfach vorgegeben, sondern sie müssen am Markt herausgefunden werden. Es ist daher kaum möglich, Prognosen darüber anzustellen, wie groß die Einstellungschancen in alternativen Tätigkeitsbereichen sind. Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit sich Lehrer gegen die Konkurrenz anderer Berufsgruppen durchsetzen können. Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gibt es in einer hochentwickelten Industriegesellschaft immer. Es muß jedoch die Erwartung korrigiert werden, dies sei gleichbedeutend mit einer Garantie für bestimmte Status- oder Einkommensansprüche.

Was ein Hochschulstudium, auch das Lehrerstudium, vor allem vermitteln sollte, ist die Motivation und die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen, und das heißt in diesem Fall, zur flexiblen Anpassung an wirtschaftliche und soziale Veränderungen. Dies fällt Lehrern, wie es scheint, wegen der vorhandenen subjektiven und objektiven Mobilitätsbarrieren besonders schwer. Wichtig ist deshalb, daß solche Barrieren überwunden werden.

- Subjektive Barrieren resultieren aus dem traditionell verengten Rollenverständnis von Lehrern. Sie lassen sich vermutlich nur allmählich abbauen. Dazu wäre es erforderlich, daß ein anderes Berufsbild vom Lehrer propagiert wird, als es derzeit existiert. Pädagogikstudenten müssen sich, wie es einmal formuliert wurde, künftig als "Fachmann für Lehr- und Lernprozesse" schlechthin begreifen, deren Tätigkeitsbereich wesentlich weiter gesteckt ist als der des Unterrichts in der Schule [vgl. Parmentier, 1978, S. 423]. Zu denken ist hier vor allem an das weite Feld der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung, das in Zukunft immer bedeutsamer wird.
- Objektive Barrieren erwachsen vor allem aus dem Zuschnitt der Lehrerausbildung. Sie erfordern eine Reform des Lehrerstudiums oder zumindest ergänzende Maßnahmen, um alternative Berufsentscheidungen zu erleichtern. In Frage kommen hier ein nachgeschaltetes Aufbau- oder Zusatzstudium oder eine vorge-schaltete Berufsausbildung, wie sie bei vielen anderen Studiengängen anzutreffen ist.

45. Da eine Reform der Lehrerausbildung nicht kurzfristig zu realisieren ist, sind Übergangslösungen für diejenigen Studenten ins Auge zu fassen, die sich schon einige Zeit im Studium befinden oder ihr Studium bereits abgeschlossen haben.

- Für fortgeschrittene Studenten wäre vor allem an ein etwa einjähriges berufsbezogenes Zusatzstudium zu denken, das im Anschluß an das eigentliche Lehrstudium absolviert werden könnte. Alternativ käme auch eine praktische Ausbildung in Betracht. Pädagogisch ausgebildete Kräfte mit einer fachlichen Zusatzqualifikation sind vermutlich für die Personal- und Ausbildungsabteilungen von Unternehmen eine interessante Personengruppe.
- Für Studenten in den Anfangssemestern sollten von vornherein neben den traditionellen Studiengängen noch andere Studiengänge angeboten werden, die nicht notwendig im Lehrerberuf münden. Ein Beispiel hierfür ist der seit 1978 an der Gesamthochschule Kassel laufende Modellversuch "Berufsbezogene Fremdsprachenausbildung"¹, entwickelt von den Fachbereichen Anglistik/Romanistik und Wirtschaftswissenschaften, der Lehrerstudenten ein breites Qualifikationsfeld eröffnen soll¹.

Die hier nur sehr allgemein formulierten Überlegungen bedürfen einer gründlichen Diskussion unter Fachleuten. Dabei wird es auch um die schon häufig vertretene (und nicht weniger häufig zurückgewiesene) Forderung gehen müssen, die starke Berufsorientierung des deutschen Bildungssystems abzubauen [vgl. Beck et al., 1976].

Reform des Lehrerstudiums

46. Das deutsche System der Lehrerausbildung programmiert junge Menschen dauerhaft für einen ganz bestimmten Beruf. Mehr noch: Es sorgt auch für eine ausgeklügelte Parzellierung nach Lehrertypen, mit der Konsequenz, daß die meisten Lehrer nicht einmal innerhalb ihres engen Berufsfeldes substituierbar sind: Es gibt Hauptschul-, Sonderschul-, Realschul-, Gymnasial- und Berufsschullehrer - und jeder dieser Gruppen wird ein klar fixiertes Fähigkeitsmuster (samt den entsprechenden Privilegien, wie Eingruppierung in der Besoldungshierarchie oder Aufstiegsmöglichkeiten) zuerkannt. Alle Versuche, den Funktionenwechsel unter Lehrern zu erleichtern, sind bisher an Statusüberlegungen gescheitert.

47. Ein Hauptproblem, das sich am Beispiel der Lehrerarbeitslosigkeit eindringlich zeigt, ist die mangelnde Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Das Bildungssystem reagiert zu langsam auf den beruflichen Strukturwandel. Eine wichtige Beobachtung, die man bei Arbeitsmarktanalysen machen kann, ist, daß das überkommene Berufssystem einem raschen Wandel unterliegt: Die Berufsbezeichnungen werden zunehmend unscharf, das heißt, sie stimmen immer weniger mit den Tätigkeiten, die sie beschreiben sollen, überein. Daraus läßt sich folgern, daß ein Bildungssystem mit breiter Allgemeinbildung und vertiefter (kursähnlicher) Spezialausbildung den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser gerecht wird als das heutige System mit seiner frühzeitigen Spezialisierung.

¹ Dieser Studiengang ist in den Anfangssemestern für das Lehrerstudium offen. Er verbindet, neben den traditionellen Studieninhalten wie fremdsprachliche und didaktische Ausbildung, den Erwerb wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse sowie Betriebspraktika im Inland und Ausland [vgl. Teichler, 1981].

Ein solches Grundmodell sollte auch bei der notwendigen Reform der Lehrerausbildung Pate stehen. Es ist in Erinnerung zu rufen, daß der Wissenschaftsrat schon vor einigen Jahren eine "Entprofessionalisierung des Lehrerstudiums" gefordert hat mit dem Ziel, den Erwerb multifunktionaler Fähigkeiten bei Lehramtsstudenten zu fördern, um deren Berufschancen außerhalb des schulischen Bildungssystems¹ zu erhöhen. Ähnliche Forderungen waren vorher von den Kultusministern einiger Bundesländer sowie von der Kommission "Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer" erhoben worden. Sie sind aber von den Standesorganisationen und großen Teilen der Erziehungswissenschaften, die im Gegensatz dazu eine noch stärkere Professionalisierung, und das bedeutet eine noch stärkere Orientierung der Studieninhalte an der späteren Lehrtätigkeit, anstreben, bislang zurückgewiesen worden².

Der Widerstand gegen derartige Pläne hat einen plausiblen Hintergrund. Er soll "Dequalifizierungstendenzen", wie sie sich für Hochschulabsolventen schlechthin abzeichnen (und angesichts des zunehmenden Überangebots an Akademikern auch zwangsläufig herausbilden müssen), entgegenwirken. Insofern ist er weitgehend interessenpolitisch motiviert.

48. Aus den Erfahrungen mit Lehramtsabsolventen, die in der gewerblichen Wirtschaft eine Anstellung gefunden haben, geht hervor, daß bei ihnen das Defizit an Kenntnissen und Fähigkeiten relativ groß ist. Das gilt vor allem in bezug auf Fremdsprachenkenntnisse, juristische und ökonomische Kenntnisse und Schreibmaschinenkenntnisse - die allesamt nicht oder in nicht ausreichendem Maße Bestandteil der Lehrerausbildung sind. Wohlgermerkt: Es geht hier nicht um Spezialistenwissen, das von ausgebildeten Lehrern gar nicht gefordert werden kann, sondern um Orientierungswissen, das sie in die Lage versetzt, Beschäftigungschancen außerhalb des schulischen Bildungsbereichs wahrzunehmen.

Die vom Wissenschaftsrat vorgetragenen Denkmodelle sollten daher von den Fachleuten wieder aufgegriffen und fortentwickelt werden. Für Reformen in dieser Richtung ist es zwar schon spät, aber noch nicht zu spät.

Kapazitätsabbau bei der Lehrerausbildung

49. Die Kultusverwaltungen der Länder können sich zugute halten, daß sie frühzeitig vor dem Lehrerstudium gewarnt haben, wenn auch nicht mit genügendem Nachdruck. Gefruchtet hat es zunächst nicht allzuviel; erst in jüngster Zeit sind Reaktionen erkennbar. Sie haben darüber hinaus durch die (teilweise) Verhängung eines Numerus clausus den Zustrom zu den Hochschulen zu bremsen versucht. Freilich zeigt sich inzwischen, daß der Ausbau der Ausbildungskapazitäten in den siebziger Jahren weit über den künftigen Bedarf hinausgegangen ist. Der Numerus clausus ist somit kein

¹ Vgl. Empfehlung zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs vom 21. 6. 1976 sowie Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots vom 16. 11. 1978.

² Vgl. etwa die Stellungnahme des Hauptvorstandes der GEW, Alternative Abschlüsse und Lehrerausbildung [in: DGB, 1980, S. 103 ff.].

Steuerungsinstrument, wenn er sich nur an den vorhandenen Kapazitäten orientiert. Es sollte daher überprüft werden, in welchem Umfang Kapazitäten, die der Lehrerausbildung dienen, abgebaut oder anderen Aufgaben zugänglich gemacht werden können. In einem System mit freier Berufswahl kann allerdings niemand davon abgehalten werden, einen Beruf anzustreben, zu dem er sich hingezogen fühlt. Die Freiheit der Berufswahl schließt freilich das Risiko ein, später keinen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Die staatlichen Stellen sollten daher junge Menschen, die sich zum Lehrerstudium entschließen, mit allem Ernst auf dieses Risiko, und das heißt auf die geringen Einstellungschancen, hinweisen. Auf alle Fälle sollten sie alles vermeiden, was Illusionen wecken könnte. Hierzu gehören auch Überlegungen, die eine "Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umverteilung der vorhandenen Arbeit" zum Ziel haben.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Günter, Lehrereinkommen, Lehrerausbildung und Lehrermangel. Eine preis- und investitionstheoretische Analyse. Weinheim 1970.
- Beck, Ulrich, Karl Martin Bolte, Michael Brater, "Bildungsreform und Berufsreform: Zur Problematik der berufsorientierten Gliederung des Bildungssystems". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1976, H. 4, S. 496-508.
- Bundestagsdrucksache 8/4437, 1980, Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung.
- Clement, Werner, Manfred Tessaring, Gernot Weißhuhn, "Zur Entwicklung der qualifikationsspezifischen Einkommensrelationen in der Bundesrepublik Deutschland". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1980, H. 2, S. 184-212.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Kreis Bremen), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Landesverband Bremen), Universität Bremen, Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Bremen, Lehrerbedarf und Lehrerarbeitslosigkeit bis 1990. Bremen 1980.
- Gellert, Claudius, Götz Schindler, Analyse der Tätigkeitsfelder der Hochschulabsolventen mit abgeschlossenem Lehramtsstudium. München 1980.
- Kullmer, Hans, Walter Krug, "Beziehungen zwischen beruflicher Ausbildung und Nettoeinkommen der ausgebildeten Personen". Wirtschaft und Statistik, 1967, H. 10.
- Parmentier, Klaus, "Zum Problem der Lehrerabsorption. Überlegungen zur längerfristigen Lösung der Beschäftigungsprobleme im Bildungsbereich". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1978, H. 4, S. 417-424.
- Pfaff, Martin, Gerhard Fuchs, Peter Köppl, "Education, Inequality, and Life Income: A Report on the Federal Republic of Germany". In: OECD, Education, Inequality, and Life Changes. Vol. 2, Paris 1975, S. 7-128.
- , et al., "Alternative Konzepte zur Berechnung einer Akademikersteuer". Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1978, H. 2, S. 181-209.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1981/82, Investieren für mehr Beschäftigung. Stuttgart 1981.
- Schmidt, Klaus-Dieter, unter Mitarbeit von Peter Baumgarten, "Berufliche Ausbildung und Einkommen". In: A.E. Ott (Hrsg.), Theoretische und empirische Beiträge zur Wirtschaftsforschung. Tübingen 1967, S. 155-182.

- Statistisches Bundesamt (Wiesbaden), Fachserie 11: Bildung und Kultur, Reihe 1: Allgemeines Schulwesen. Stuttgart 1979.
- , --, Reihe 2: Berufliches Schulwesen. Stuttgart 1979.
- , Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes. Stuttgart 1979.
- Stegmann, Heinz [1980a], "Studenten in Anfangssemestern: Einstellungen zum Studium und zum zukünftigen Beruf". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1980, H. 1, S. 57-76.
- [1980b], "Abiturient und Studium: Bestimmungsfaktoren für die Studienaufnahme und die Wahl des Studiengangs". Ibid., 1980, H. 4, S. 531-542.
- Teichler, Ulrich, Außerschulische Tätigkeitsbereiche für Absolventen sprach- und literaturwissenschaftlicher Studiengänge. Ergebnisse und Folgerungen aus vorliegenden Studien. Werkstattberichte, Bd. 8, Kassel 1981.
- Tessaring, Manfred, "Zum Verbleib der Hochschulabsolventen seit 1971". Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1978, H. 2, S. 171-177.
- Weißhuhn, Gernot, Sozioökonomische Analyse von Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten. Volkswirtschaftliche Schriften, H. 259, Berlin 1977.
- Wirtschaft und Statistik, "Studenten im Sommersemester 1980". 1980, H. 10, S. 716-721.
- , "Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1972 bis 1981". 1981, H. 10, S. 726-732.